

Einwand Einwanderung

Ein Gespräch mit dem Migrationsexperten Klaus J. Bade

Einwanderung ist in Deutschland wieder zu einem brisanten Thema geworden. Jüngste rechtsextreme Gewalttaten auf deutschen Straßen haben die Rufe nach einem Einwanderungsgesetz laut werden lassen. Befürworter erhoffen sich davon eine Entkriminalisierung der in Deutschland lebenden Ausländer und eine geregelte Zuwanderung nach Quoten. Bevölkerungswissenschaftler betonen: Die Deutschen bekommen weiterhin zu wenig Kinder, die Alterspyramide spitzt sich drastisch zu, das Sozialsystem droht langfristig zusammenzubrechen. Deutschland brauche daher dringend ausländische Zuwanderer. Mindestens 300.000 Zuwanderer pro Jahr sind allein nötig, um die Geburtenlücke zu füllen. Politiker wiederum schwanken zwischen dem Mut zur Wahrheit und der Angst vor dem Wähler. Von der Bundesregierung wurde eine Kommission unter Leitung von Rita Süßmuth eingesetzt, um ein Gesetz zur Einwanderung zu erarbeiten. Die Ex-Bundestagspräsidentin erhofft sich, "dass wir das Problem der Zuwanderung in einer Weise regeln, dass damit Spannungen, Konflikte, die in unserer deutschen Gesellschaft liegen, reduziert werden."

Zu Oppositionszeiten im Bundestag hatte die SPD immer angemahnt, dass sich die Deutschen auf viele Zuwanderer einstellen müssten. 1997 hatte sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem Aufnahmequoten, Verteilung und Auswahlkriterien klar geregelt sind. Doch heute scheint der Entwurf tabu zu sein. Dieter Wiefelspütz, Innenpolitischer Sprecher der SPD, gibt offen zu, dass die radikale Kehrtwende darauf zurückzuführen sei, dass die SPD weiterhin regieren und auch weiterhin Wahlen gewinnen wolle. Auch bei Bündnis 90/ Die Grünen, die sich am stärksten für eine offene Gesellschaft eingesetzt hatten, liegt ein Gesetzentwurf unberührt in der Schublade.

Umgekehrt räumt die CDU inzwischen ein, dass Familienpolitik allein nicht mehr ausreiche. So geht der saarländische Ministerpräsident Peter Müller von 200.000 bis 300.000 Einwanderern pro Jahr aus. Er betont aber, dass es nicht hilfreich wäre, die Menschen mit sehr großen Zahlen zu erschrecken, "denn dann blockieren sie, dann blocken sie ab und deshalb muss hier erst einmal das Problembewusstsein eröffnet werden."

Die CSU lehnt dagegen eine größere Zuwanderung von Ausländern kategorisch ab. Stattdessen schlägt sie vor, 1.000 Mark vom Staat für jedes deutsche Kind auszuzahlen. Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg von der Universität Bielefeld sieht darin jedoch keine Lösung. Deutschland bräuchte, wenn die Altersstruktur sich nicht ändern soll, 3,8 Kinder pro Frau. Dies sei eine wesentlich höhere Geburtenrate als in den Entwicklungsländern und daher illusorisch.

Zum Thema "Deutschland als Einwanderungsland" sprach Kulturzeit mit dem Migrationsforscher Klaus Bade. Der Historiker leitet das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück.

"Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart", von Klaus J. Bade, erschienen bei C.H.Beck

26.09.2000
3sat Kulturzeit online